

man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- oder Pressefreiheit, die „Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz“ — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertüren oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, „bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung“ — in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein „verstoßt“ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten — Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen und anderes mehr.⁴⁴ (ebenda)

Bonn bietet geradezu ein Musterbeispiel dafür. Freilich werden hier lauthals, in der Verfassung die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die freie Meinungsäußerung und andere demokratische Rechte verkündet. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Es sei hier nicht im einzelnen auf das seit 10 Jahren bestehende Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands oder auf die Verfolgung anderer demokratischer Kräfte eingegangen. Hier sei eine Begebenheit aus der westdeutschen Gegenwart gebracht, es sei an Bremen erinnert, daran, daß es dort im Januar dieses Jahres zu Protesten gegen eine Fahrpreiserhöhung kam. Wohlgemerkt, es ging nur darum, um nichts anderes.

Was aber geschah, was berichten westliche Korrespondenten über den Einsatz der Polizei gegen die Protestierenden?

„Es gab unbeschreibbare, brutale und aufs höchste alar-

mierende Szenen. Frauen und Mädchen, Männer und Jungen, Alte und Kinder wurden von der Truppe niedergeschlagen, getreten und mit dem schmerzhaften Hochdruckwasserstrahl der Kanonen durch die Straßen und Böschungen getrieben ... Kinder und Jugendliche wurden rücksichtslos eine vier Meter hohe Mauer hinuntergeprügelt und geworfen. Der Schlagstock traf Frauen ..., er traf Geschäftsleute ... Und hinter der Polizeikette, in sicherer Entfernung, schrie der Bremer Polizeipräsident in höchster Erregung: „Drauf hauen! Drauf hauen! Nachsetzen!“ Das ist die Bonner Wirklichkeit, die ihre „rechtliche“ Fixierung nunmehr durch Ermächtigungsgesetze und Notstandsverfassung erfährt. Dort

Zwei Staaten — zwei Entwicklungen

Zwei deutsche Staaten — zwei Entwicklungen: In der DDR eine noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie durch eine neue Verfassung. In Westdeutschland Generalangriff auf die bürgerliche Demokratie mit dem Ziel, die uneingeschränkte Diktatur der Monopole und ihrer Partei, der CDU/CSU, zu errichten.

In seiner Rede zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung erklärte Genosse Walter Ulbricht im Dezember 1967 vor der Volkskammer: „Zwei ganze Zeitalter trennen uns von der zurückgebliebenen Gesellschafts- und Staatsordnung in Westdeutschland, die weiter nichts vertritt, als die imperialistische deutsche Vergangenheit.“

Zwei ganze Zeitalter! Unsere neue, unsere sozialistische Verfassung läßt das sehr deutlich werden. Sie, die basierend auf den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED, für den sozia-

listischen Staat deutscher Nation Ziele absteckt und Perspektiven weist, wie sie in der bisherigen deutschen Geschichte nicht ihresgleichen haben; sie, die mit Recht die Sprache der siegreichen Arbeiterklasse spricht, der Klasse, die im Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten des Volkes diesen sozialistischen Staat deutscher Nation errichtet hat; sie, die den Willen des Volkes ausdrückt, „den Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft in freier Entscheidung weiterzugehen“; sie, die mit der gesetzlichen Manifestierung der politischen und ökonomischen Macht der Werktätigen der ganzen Nation den Weg zu einem friedlichen und glücklichen Leben ohne Ausbeuterklassen, ohne Imperialisten und Militaristen und ohne Revanchisten weist.

Manfred Grey